

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Markus Tressel, Friedrich Ostendorff, Dr. Valerie Wilms, Steffi Lemke, Dieter Janecek, Dr. Thomas Gambke, Beate Müller-Gemmeke, Harald Ebner, Bärbel Höhn, Annalena Baerbock, Matthias Gastel, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 17/13674, 18/605 –**

Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung – 17. Legislaturperiode –

I. Der Bundestag stellt fest:

Die Ausgangslage des Tourismusstandortes Deutschland ist gut. Das zeigen die bekannten Ergebnisse aus dem Jahr 2012 auf der Grundlage des sog. Tourismus-Satellitenkontos (TSA). Der vorliegende Bericht stellt die Zahlen und Fakten erneut dar (vgl. S. 3 der Unterrichtung der Bundesregierung). Die Tourismuswirtschaft erwirtschaftete im Jahr 2010 mit 97 Mrd. Euro einen direkten Anteil von 4,4 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung der bundesdeutschen Volkswirtschaft, und liegt damit vor den Anteilen des Einzelhandels oder des Maschinenbaus.¹ Rechnet man die indirekten Effekte hinzu, ergibt sich für die Tourismuswirtschaft mit rund 214 Mrd. Euro ein Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung von 9,7 Prozent. Außerdem werden im Tourismus vor allem nicht verlagerbare Arbeitsplätze geschaffen. Rund 2,9 Millionen Erwerbstätige sind in Deutschland direkt in der Tourismusbranche beschäftigt. Zieht man die Ergebnisse aus der aktuellen Tourismusanalyse der Stiftung für Zukunftsfragen hinzu, findet man weitere positive Trends: „Die Reiseintensität der Bundesbürger erhöhte sich 2013 im fünften Jahr in Folge auf aktuell 57 Prozent“².

Es finden sich – bei näherem Hinsehen – aber auch viele Zahlen und Fakten, die auf Hemmnisse und strukturelle Defizite hinweisen. Hierbei handelt es sich nicht um Phänomene, die alleine die Tourismusbranche betreffen. Dennoch sind viele der Defizite im Tourismusbereich besonders stark und kumuliert anzutreffen. Dies gilt es zu benennen, wenn man einen ehrlichen „tourismuspolitischen Bericht“ vorlegen will. So ist beispielsweise die Ausbildungssituation im Gastgewerbe überdurchschnittlich schlecht. Die neu begonnenen Ausbildungsverhältnis-

¹ Quelle: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/218177/umfrage/vergleich-bruttowertschoepfung-tourismus-zu-anderen-wirtschaftsbereichen>, zuletzt abgerufen am 5. Februar 2014.

² Reiseanalyse, Stiftung für Zukunftsfragen, S. 1., von 100 Deutschen gaben 57 Prozent an, eine Reise von mind. fünf Tagen Dauer unternommen zu haben.

se sind massiv rückläufig, bei hohen Abbrecherquoten. Der ohnehin bestehende Fachkräftemangel wird auf diesem Weg noch weiter verschärft. Nachdenklich stimmt auch die insgesamt geringe Investitionsdynamik des Tourismussektors. Die Eigenkapitalquote der Hoteliers liegt bei 2,8 Prozent und damit deutlich unter den Vergleichswerten, wie dem gesamten Dienstleistungssektor (19,1 Prozent). Ist die Finanzierungsgrundlage für den Mittelstand derzeit positiv, trifft das auf viele Unternehmer im Gastgewerbe häufig nicht zu. Dringend erforderliche Investitionen in Modernisierung und Effizienz scheitern an der Kreditwürdigkeit der Unternehmer. Entgegen der Ausführungen der Bundesregierung hat die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetriebe kaum nachweisbare Investitionseffekte nach sich gezogen. Einen belastbaren Nachweis hierüber bleibt auch der tourismuspolitische Bericht schuldig (vgl. S. 11)³. Die Ermäßigung kostet jährlich etwa 1 Mrd. Euro.

Längst ist bekannt, dass die ländlichen Regionen bei den Übernachtungszahlen von den Großstädten abgehängt werden. Problematisch ist überdies, dass dort wo touristische Aktivität stattfindet, die Wertschöpfung zu gering ist. Von 100 umgesetzten Euro, bleiben nur rund 36 Euro in der jeweiligen Region. Erstmals seit Jahren stagnierte im Jahr 2013 der Inlandtourismus.⁴ Das bekommen die ländlichen Regionen zuerst zu spüren.

Es ist festzustellen, dass die Bundesregierung aus den zentralen gesellschaftlichen Veränderungen, wie dem demografischen Wandel und dem damit verbundenen Fachkräftemangel, verändertem Konsum- und Buchungsverhalten und steigenden Ansprüchen der Kunden an Unterkünfte und Infrastruktur noch immer nicht die richtigen Schlüsse gezogen hat. Um diese großen Herausforderungen anzugehen, bedarf es einer richtungweisenden und gestaltenden Tourismuspolitik, die eine Vision für das Reiseland Deutschland hat. Trotz der Länderzuständigkeit für den Tourismus hat die Bundesregierung viele entscheidungserhebliche gesetzgeberische und fiskalpolitische Instrumentarien an der Hand, um koordinierend und investitionsfördernd zu agieren, und damit auch den Tourismussektor zu fördern. Wie viele andere Branchen auch, kann die Tourismuswirtschaft von der Förderprogrammen betreffend energetischer Sanierung, Förderung regionaler Lebensmittelerzeugung und regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie Maßnahmen für mehr Naturschutz und den Erhalt von attraktiven Kulturlandschaften profitieren. Für den Tourismusstandort Deutschland wird die Förderung von intermodaler Mobilität entscheidend sein, um eine umweltverträgliche Erreichbarkeit der Destinationen sicherzustellen.

II. Der Bundestag wolle beschließen:

1. Finanzierungsmöglichkeiten des Gastgewerbes verbessern: Das Tourismusgewerbe leidet unter geringen Eigenkapitalquoten und massivem Sanierungsstau. Die Bundesregierung ist aufgefordert, Programme, wie das Gebäudesanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur energetischen Sanierung, welches von der Tourismuswirtschaft sehr erfolgreich aufgenommen wurde, auf hohem Niveau zu verstetigen. Nach wie vor sind die Energiekosten für die Unternehmer ein entscheidender Kostentreiber. Die Bundesmittel über die Leistungssteigerungstitel des Wirtschaftsmi-

³ Einzige Fußnote im tourismuspolitischen Bericht, S. 11: „Eine Auswertung der Saisonumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages 2009-2012 durch den Ostdeutschen Sparkassenverband zeigt einen deutlichen und nachhaltigen Anstieg der Investitionsbereitschaft im Gastgewerbe mit Einführung der ermäßigten Mehrwertsteuer.“ [Zahlen, Belege, Erhebungsgrundlagen, Gutachten werden nicht erbracht].

⁴ Vgl. Tourismusanalyse der Stiftung für Forschungsfragen zum Reiseverhalten der Deutschen, Ausgabe 252, 5. Februar 2014, S. 3.

nisteriums müssen sich an Nachhaltigkeitskriterien orientieren, um zukunfts-feste Investitionen auszulösen.

2. Potentiale für den Tourismus im ländlichen Raum erschließen: Die Nachfrage nach heimischen Reisezielen ist über viele Jahre gestiegen. Im Jahr 2013 stagnierte sie erstmals. Diese Entwicklung ist fatal. Die Bundesregierung ist aufgefordert, das touristische Potential der ländlichen Räume in ganz Deutschland, sowohl durch Inlands- als auch durch den Incoming-Tourismus zu evaluieren, beispielsweise in Form einer Bundesstudie. Die Handlungsempfehlungen des Wirtschaftsministeriums aus dem Jahr 2013 zu Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen waren ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Fortführung des Projektes ist jetzt anhand eines „proof of concept“, beispielsweise über die Bildung von Modellregionen unter Einbeziehung der Länder, fortzuführen.
3. Verkehrliche Erreichbarkeit der Destinationen erhalten und deutlich verbessern: Für das Reiseland Deutschland wird es zentral sein, dass sich die Erhöhung der Infrastrukturförderung auch in verbesserten Schienenverkehrs-anbindungen niederschlägt. Intermodale Verkehrsformen müssen auch auf ihre touristische Nutzbarkeit evaluiert und gefördert werden.
4. Klima- und umweltfreundliche Mobilität fördern: Im Tourismus entsteht bei der An- und Abreise ein Großteil des ökologischen Fußabdrucks. Viele Urlaubsregionen leiden unter der Zunahme und Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr. Die Politik trägt deswegen die Verantwortung gerade hier für klima- und umweltfreundliche Mobilität zu sorgen und ein nachhaltiges Verkehrskonzept vorzulegen. Dazu gehört unter anderem die Herstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den konkurrierenden Verkehrsträgern. Die Steuersubventionen des klimaschädlichen Luftverkehrs sind abzubauen. Auch die Kreuzfahrtschiffahrt muss sauberer werden. Die Emissionen von Kreuzfahrtschiffen sind nach wie vor eine zu starke Belastung für die Umwelt und die Reisenden. Der Wachstumsmarkt Kreuzschiffahrt muss seiner Verantwortung für mehr Nachhaltigkeit nachkommen. Es müssen ambitionierte globale Ziele für die gesamte Branche erarbeitet und umgesetzt werden.
5. Die Umwelt schützen und einen naturverträglichen Tourismus fördern. 84 Prozent der Urlauber und Urlauberinnen ist eine intakte Umwelt am Reiseziel sehr wichtig. Gerade Großschutzgebiete, wie beispielsweise Nationalparks und Biosphärenreservate, spielen eine immer stärkere Rolle, wenn es um den Einklang von Natur- und Umweltschutz, Bürgerbeteiligung und regionaler Wertschöpfung geht. Deshalb sollte sich der Bund bei der Förderung von Großschutzgebieten mehr engagieren.
6. Zielgerichtete und abgestimmte Förderung der Land- und Forstwirtschaft: Hier liegt der Schlüssel für die Erzeugung regionaler Qualitätsprodukte und den Erhalt einer attraktiven Kulturlandschaft. Die Bundesregierung muss sich durch die Erhöhung der Mittel für den ländlichen Raum und ein klares Bekenntnis zu ökologischer Landwirtschaft und regionaler Erzeugung für den Erhalt einer touristisch reizvollen Umgebung stark machen. Die Förderung bäuerlicher Strukturen mit Fokus auf Qualitätsprodukte und lokale Wertschöpfung ist für den ländlichen Raum entscheidend. Verbraucherinnen und Verbrauchern soll durch bessere Kennzeichnungsregelungen die Möglichkeit gegeben werden, sich gezielt für regionale Qualitätsprodukte zu entscheiden.
7. Wertschätzung touristischer Dienstleistungen fördern und Niedriglohnsektor eindämmen: Die Bundesregierung muss sich den besonderen Schwierigkeiten des Tourismusgewerbes (hohe Saisonalität, hoher Bedarf an Aushilfstätigkeit bei Auslastungsspitzen) stellen und die Attraktivität der Branche für

die Beschäftigten durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn erhöhen. Fachkräfte sichern: Durch erhöhtes Engagement bei der Integration von Schul- und Ausbildungsabbrechern und Arbeitslosen, Erhöhung der Ausbildungsqualität und Förderung von IT-basierten Fortbildungsmaßnahmen.

8. Verbraucherschutz für Reisende durchsetzen: Nur über besten Service und höchste Qualität wird das Reiseland Deutschland den gestiegenen Ansprüchen der internationalen und inländischen Reisenden entsprechen können. Flug- und Fahrgastrechte müssen dafür gestärkt werden und Kennzeichnungsregelungen verbessert werden. Dazu gehört die Einführung der Hygiene-Ampel für Restaurants ebenso wie verlässliche und transparente Kennzeichnungen von nachhaltiger Gastronomie und Hotellerie.
9. Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherstellen und sichern: Der kommunale Investitionsstau steigt jährlich rasant an. Schuld ist in erster Linie die finanzielle Schieflage gerade in strukturschwachen Regionen. Für die Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungen vor Ort müssen die Städte und Gemeinden finanziell entlastet werden, insbesondere bei ihren sozialen Pflichtleistungen.

Berlin, den 19. Februar 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Die ökologische Umsteuerung ist zentral für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Reiselandes Deutschlands. Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Unternehmern erlauben, ihre Hotels und Gaststätten auf den neuesten Stand zu bringen und damit effektiv und ressourcenschonend wirtschaften zu können. Die CO₂-Gebäudesanierungsprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) führen zu Investitionen und Einsparungen bei den Unternehmen und fördern das regionale Handwerk. Über die KfW kann gezielte Tourismusexpertise in die Förderung gebracht werden.

Ein Blick auf die im tourismuspolitischen Bericht angeführten Zahlen zeigt: Die Städte und die bekannten Ferienregionen profitieren vom steigenden internationalen und innereuropäischen Incoming-Tourismus (vgl. S. 7 der Berichterstattung der Bundesregierung). Die sehr guten Auslastungsraten zwischen 59,3 Prozent und 72,9 Prozent erreichten die größeren Hotelleriebetriebe in den vom Ferientourismus stark geprägten Reisegebieten Nordsee, Mecklenburgische Ostseeküste, Südlicher Schwarzwald und Bodensee.⁵ So profitiert das Reiseland Deutschland insgesamt zwar vom internationalen „Trend zu weiten Reisen“⁶, schöpft aber das naheliegende Potential des Inlandstourismus über weite Teile Deutschlands bei weitem nicht aus. Die Tourismusanalyse der Stiftung für Zukunftsfragen weist erstmals seit Jahren sogar eine Stagnation beim Inlandstourismus aus. Für die Zukunft des Reiselandes Deutschland wird es darauf ankommen, dass weit mehr Regionen von dem steigenden Bedürfnis der Menschen nach Erleben, Gemeinschaft, Erholung und Naturverbundenheit sowie von den neuen Mobilitäts- und Informationsmöglichkeiten profitieren

⁵ Dr. Martin Szibalski, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, August 2013, S. 564.

⁶ Vgl. Martin Buck, in Christoph Schlautmann, Fernweh schlägt Kauflust, Handelsblatt vom 03. Februar 2014.

können. Vor dem Hintergrund der demographischen und strukturellen Entwicklungen kann dies für das soziale und wirtschaftliche Überleben vieler Regionen entscheidend sein. Diese Potentiale müssen evaluiert werden und das Gefälle in der Tourismusentwicklung muss entschärft werden. Die ländlichen Regionen brauchen mehr Tourismusforschung und Förderung, die sich Regionalitäts- und Nachhaltigkeitskriterien ausrichtet.

Die Attraktivität der Umgebung und der Erholungswert einer Region und die Qualität regionaler Produkte sind für die Entwicklung eines touristischen Angebotes zentral. Deswegen ist ein Umdenken in der Land- und Forstwirtschaft, die Förderung regionaler Erzeugung von Lebensmitteln und der Erhalt lokaler Handwerksbetriebe von besonderer Bedeutung für die Tourismusentwicklung.

Jeder dritte Bundesbürger ist laut Sparkassen Tourismusbarometer 2010 bereit, pro Urlaubstag 10 bis 20 Euro mehr für seine Reise zu zahlen, wenn der ökologische Mehrwert sichtbar und erlebbar ist. Deutsche Nationalparks werden jährlich von über 50 Millionen Menschen besucht. 84 Prozent der Urlauber ist eine intakte Umwelt wichtig. Großschutzgebiete brauchen daher besondere Förderung – auch durch Bundesgeld. Sie können der Motor für eine nachhaltige Tourismusentwicklung einer ganzen Region sein und regionale Wirtschaftskreisläufe nachweislich ankurbeln.

Der Fachkräftemangel stellt den Tourismus gerade in den ländlichen Gebieten vor große Herausforderungen. Die Arbeitsplätze im Tourismus müssen aufgewertet werden, wenn diese wichtige Branche für junge und motivierte Leute attraktiv sein soll. Dies ist nicht nur eine Frage des Images, sondern auch der Bezahlung, der Arbeitszeiten und der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Um die Menschen für eine Arbeit auch in den ländlichen Regionen zu begeistern, muss das Angebot stimmen. Breitbandversorgung, Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung sind Fragen, die auch im Hinblick auf den Tourismusstandort Deutschland von besonderer Wichtigkeit sind.

